



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

Wirtschaftliche Zukunft von Bayern und Deutschland sichern – Deindustrialisierung stoppen und Standortattraktivität stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Energieversorgung durch den Wiedereinstieg in die Kernkraft, die Fortführung der Kohle- und Erdgasnutzung sowie die sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen und die Wiederaufnahme günstiger Erdgasimporte wieder grundlastfähig und kostengünstig gestaltet wird.
- Deutschland aus dem Emissionshandelssystem der EU aussteigt, die CO₂-Abgabe abgeschafft und Strom- und Energiesteuern drastisch gesenkt werden.
- schädliche bürokratische Vorschriften wie das Lieferkettengesetz, das Klimaschutzgesetz des Bundes, die CSRD-Richtlinie, das Energieeffizienzgesetz, das Wärmeplanungsgesetz, das Gebäudeenergiegesetz und das Hinweisgeberschutzgesetz abgeschafft werden.
- eine umfassende Steuerreform eingeführt wird, die Einkommens-, Gewerbe-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer durch eine einheitliche Ertragsteuer von maximal 25 Prozent ersetzt, das Familiensplitting eingeführt, der Einkommenssteuerfreibetrag für Erwachsene auf 15.000 Euro im Jahr und für Kinder auf 12.000 Euro im Jahr erhöht wird.
- ein kontrolliertes Einwanderungssystem etabliert wird, das gezielt hochqualifizierte integrationswillige Fachkräfte anzieht, während die Masseneinwanderung in die Sozialsysteme drastisch begrenzt wird.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dass in Bayern

- der Rückbau der bayerischen Kernkraftwerke gestoppt und der Bau grundlastfähiger Kraftwerke wie Kernkraft-, Gas-, Biogas-, Geothermie- und Wasserkraftanlagen erleichtert sowie gefördert wird.
- die Solardachpflicht und das Bayerische Klimaschutzgesetz abgeschafft sowie jegliche Rückforderung der Coronahilfen eingestellt wird.
- Steuerentlastungen durch Sonderwirtschaftszonen, die Befreiung von der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte (Gewerbe-)Immobilie und die Senkung des Erbschafts- und Schenkungssteuersatzes auf null eingeführt werden.
- das „Kimm Hoam“-Programm für abgewanderte bayerische Fachkräfte gestartet und eine Übernahme der Führerscheinkosten für Auszubildende umgesetzt wird.
- der Staatsapparat durch eine Reduzierung der Anzahl der Beamten und Angestellten im „Kernhaushalt“ des Freistaates um 25 Prozent verkleinert wird.

- das bayerische Bildungssystem durch eine Erhöhung des MINT-Fächeranteils auf durchschnittlich 40 Prozent reformiert wird, um die benötigten Fachkräfte effektiv auszubilden.
- die Einführung von Künstlicher Intelligenz und Robotisierung in der öffentlichen Verwaltung forciert und in der Privatwirtschaft gefördert wird, um den Fachkräftemangel durch technologische Fortschritte zu kompensieren.

Begründung:

Bayern und Deutschland befinden sich in der schwersten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Ein beispielloser Deindustrialisierungsprozess ist im Gange, der Produktionsindex liegt mehr als ein Viertel unter dem Vorkrisentrend. Laut der IHK plant jeder zweite Großkonzern und jedes dritte Industrieunternehmen die Abwanderung ins Ausland. Traditionsreiche Familienunternehmen, die teilweise seit der Kaiserzeit bestanden und zwei Weltkriege überlebt haben, gehen nun reihenweise Bankrott. Allein in Bayern stehen seit Anfang des Jahres 2022 bis Januar 2025 über 42 000 Industrie-arbeitsplätze vor dem Aus, während die Reallöhne seit 2019 um 4 Prozent gesunken und die Erzeugerpreise um über ein Drittel gestiegen sind.

Die CSU/CDU, die FREIEN WÄHLER und die ehemalige Ampel haben durch ihre grüne wirtschaftsfeindliche Politik maßgeblich zur aktuellen Deindustrialisierung Bayerns beigetragen. Die Energiewende, die unter Führung der Union mit dem beschlossenen Kernkraftausstieg und der Einführung der CO₂-Abgabe vorangetrieben wurde, hat Energiepreise in die Höhe schnellen lassen. Gleichzeitig verhinderten die FREIEN WÄHLER den Erhalt der Kernkraftwerke nicht, wodurch Bayern von einem Stromexporteur zu einem Stromimporteur degradiert wurde – mit einer Versorgungslücke von 3 Gigawatt. Die Ampel verschärft die Energiekrise mit einem Heizungsverbot, den Russland-Sanktionen und der Abwicklung der Gasversorgung, wodurch energieintensive Industrien aus Bayern abwandern. Ohne kostengünstige und zuverlässige Energie drohen Bayern und Deutschland ihre industrielle Basis endgültig zu verlieren, da Industrienationen von einer stabilen und günstigen Energieversorgung abhängen.

Zusätzlich zu den Energieproblemen hat eine unverhältnismäßig hohe Steuer- und Abgabenlast die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Bayerns massiv geschwächt. Die Steuerquote von fast 40 Prozent und die Lohnstückkosten, die deutlich über denjenigen der USA oder Chinas liegen, machen den Standort unattraktiv für Unternehmen und Investoren. Verschärft wird diese Problematik durch eine Flut bürokratischer Auflagen, die von der CSU und der Ampel gleichermaßen verantwortet werden. Das Lieferkettengesetz, das Klimaschutzgesetz und zahlreiche weitere Nachweispflichten haben eine regelrechte Bürokratiekrise geschaffen, die insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen paralyisiert. Zeitgleich dazu verschärfen der Bildungsverfall mit abstürzenden PISA-Ergebnissen und das fehlgeleitete unkontrollierte Masseneinwanderungsregime den Fachkräftemangel, da weder kaum wirklich qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland kommen noch die Abwanderung hochqualifizierter Deutscher gestoppt wird. Dieses Versagen auf allen politischen Ebenen trägt die Hauptverantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang unseres Wirtschaftsstandorts.

Der Versuch, die grüne Wirtschaftskrise durch immer höhere (Transformations-)Subventionen auf Steuerzahlerkosten zu „brandlöschen“, ist keine nachhaltige Lösung, sondern verschärft die Probleme nur. Erstens erfordert deren Finanzierung die weitere steuerliche Mehrbelastung der jetzigen und künftigen Leistungsträger, die dadurch gezwungen werden, ihren Betrieb aufzugeben und ins Ausland abzuwandern. Zweitens schaffen solche Subventionen eine gefährliche Abhängigkeit von staatlicher Förderung, die die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erheblich schwächt und langfristig zur Unfähigkeit führt, auf dem internationalen Markt zu bestehen. Drittens begünstigt diese Praxis eine weitere Ausweitung des Staatsapparates, was die bürokratische Last weiter erhöht und zusätzliche Ressourcen bindet.

Eine freiheitliche Kehrtwende in der Wirtschaftspolitik ist daher dringend erforderlich. Die Abkehr von der gegenwärtigen grünen Deindustrialisierungspolitik, die zunehmend

von Klimareligion und Dekarbonisierungsfanatismus geprägt ist, muss erfolgen. Stattdessen muss die Rückkehr zum Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft und einer wiederhergestellten, freiheitlichen attraktiven Standortpolitik durch konsequente Maßnahmen in vier entscheidenden Bereichen stattfinden: günstige und grundlastfähige Energieversorgung, drastische Steuersenkungen, die radikale Abschaffung von Bürokratiemonstern und die Sicherung von Fachkräften aus eigener Kraft. Als Vorbilder für solch eine freiheitliche Kehrtwende in Bayern und Deutschland können rechts-populäre Reformer wie Javier Milei, Donald Trump und Elon Musk dienen, deren Ansätze zur Entlastung der Wirtschaft und zur Entschlackung des Staatsapparates wegweisend sind.

Die notwendigen Steuersenkungen und Einnahmeausfälle können durch Einsparungen in den Haushalten von Bund und Freistaat gedeckt werden. Die AfD-Fraktionen schlagen Einsparungspotenziale von 100 bis 135 Mrd. Euro pro Jahr auf Bundesebene und 3,5 Mrd. Euro pro Jahr auf Landesebene vor, insbesondere bei Energiewende, Klimaschutz, Asyl und Entwicklungshilfe.